

A) Öffentlicher Teil	3
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	3
2. Niederschrift vom 11.4.2011	3
3. Haushalt für die Haushaltsjahre 2011/12	4
3.1 Stellenplan	4
Bezug: HA 16.5. und 30.5.11	4
Vorlage-Nr. 9/11 h	4
3.2 Erlass der Haushaltssatzung Doppelhaushalt 2011/2012	4
Bezug: Rat 11.4.2011	4
Vorlage-Nr. 9/11 und 9/11 o	4
4. Ermächtigungsübertragung aus dem Haushaltsplan 2010 nach 2011	4
Bezug: Rat 21.2.2011	4
Vorlage-Nr. 40/09 x und 40/09 y	4
5. Erste Satzung für vorgezogene Dichtheitsprüfungen an private Abwasseranlagen	4
Bezug: Rat 21.2.2011	4
Vorlage-Nr. 173/84 m	4
6. „Service-Center“	5
Bezug: HA 30.5.11	5
Vorlage-Nr. 164/87 am und 164/87 an	5
7. Kindertagesbetreuung in Einrichtungen	7
hier: Neubau der städtischen Kindertageseinrichtung „Haus für Kinder Vochem“	7
Bezug: JHA 5.5.11	7
Vorlage-Nr. 48/88 cy und 48/88 cz	7
8. Annahme einer Schenkung	8
hier: Sammlung Will Küpper der Stadt Brühl	8
Bezug: KPTA 26.5.11	8
Vorlage-Nr. 167/74 k	8
9. Umbesetzung in Ausschüssen	8
9.1 Jugendhilfeausschuss	8
Schreiben des Stadtjugendringes Brühl e.V. vom 27.4.2011	8
Vorlage-Nr. 105/94 dq	8
10. Anfragen	8
10.1 Rahmenplanung Innenstadtentwicklung	8
10.2 Strombezug für Hartz-IV-Empfänger	8
10.3 Kriminalisierung Brühl-Vochem (s. hierzu auch Anlage zur Niederschrift)	9
B) Nichtöffentlicher Teil	9

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Zur Tagesordnung:

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) be antragt, den TO-Pkt. 6 „Service-Center“ vorzuziehen und vor der Verabschiedung des Haushalts zu behandeln. Darüber hinaus bitte er um Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes „Antrag“. Konkret geht es darum, in Sachen Service-Center einen Ratsbürgerentscheid durchzuführen.

Bürgermeister Kreuzberg weist darauf hin, dass dieser Antrag unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt gestellt werden könne.

A) Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herr Johannes Könen, Schultheißstr. 54, Brühl, nimmt Bezug auf seine E-Mail an den Bürgermeister vom 8.5.2011 bezüglich eines Vorfalles in Brühl-Vochem. Dort habe ein Verrückter mehrere Schüsse abgegeben u.a. auch in ein Kinderzimmer. Er fragt, was der Bürgermeister hinsichtlich der Sicherheit der Vochemer Bürgerinnen und Bürger künftig unternehmen wolle.

Bürgermeister Kreuzberg weist zunächst darauf hin, dass die Stadt Brühl keine Polizeibehörde sei und bei kriminellen Akten keine Eingriffsmöglichkeit habe. Gemeinsam mit dem Rat habe man allerdings bereits viele Projekte ins Leben gerufen, wie z.B. „Soziale Stadt Brühl-Vochem“, die Deeskalationswirkung hätten und Möglichkeiten zur Bildung und zur Integration in die Gesellschaft bieten würden. Zudem existierten sogenannte Ordnungspartnerschaften, durch die man eine Präsenz vor Ort zeige.

Herr Könen fragt nach, ob es ein konkretes Sicherheitskonzept gebe, da gerade die Gettoisierung von Brühl-Vochem verhindert werden sollte.

Bürgermeister Kreuzberg macht nochmals deutlich, dass es sich hier um die Aufgabe der Polizei handele, mit der man allerdings regelmäßig in Kontakt sei und Gespräche führe.

2. Niederschrift vom 11.4.2011

Ratsherr Konertz (Grüne) nimmt Bezug auf die Protokollierung seiner Anfrage unter TO-Pkt. 7.3, S. 10 der Niederschrift. Seine Anfrage sei insofern nicht korrekt wiedergegeben, als er gerne gewusst hätte, was das Ordnungsamt allgemein hinsichtlich der Video-Überwachung öffentlichen Straßenraumes unternehme. Im Übrigen habe der Bürgermeister ihm schriftliche Beantwortung zugesagt.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung auch hinsichtlich der Frageergänzung zu.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung werden gegen die Fassung der Niederschrift vom 11.4.2011 keine Einwände erhoben.

3. Haushalt für die Haushaltsjahre 2011/12

Die **Vorsitzenden der Fraktionen von CDU, SPD, Grüne, FDP, fw/bVb und LINKE** tragen die als Anlage beigefügten Haushaltsreden vor.

3.1 Stellenplan

Bezug: HA 16.5. und 30.5.11

Vorlage-Nr. 9/11 h

Der Rat beschließt den in der Anlage beigefügten Stellenplan 2011/2012 mit Stellenübersicht.

Abstimmungsergebnis: 36 : 12

3.2 Erlass der Haushaltssatzung Doppelhaushalt 2011/2012

Bezug: Rat 11.4.2011

Vorlage-Nr. 9/11 und 9/11 o

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) nimmt Bezug auf die An kündigung in seiner Haushaltsrede und beantragt, die Gewerbesteuer von 430 auf 450 % zu erhöhen.

1. Der Rat lehnt den Antrag der LINKEN ab, die Gewerbesteuer von 430 auf 450 % zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: 37 : 2 bei 9 Enthaltungen

2. Der Rat beschließt die in Anlage 1 beigefügte Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt 2011/2012 mit dem als Anlage zur Vorlage 9/11 h dargestellten Stellenplan 2011/12.

Abstimmungsergebnis: 36 : 12

4. Ermächtigungsübertragung aus dem Haushaltsplan 2010 nach 2011

Bezug: Rat 21.2.2011

Vorlage-Nr. 40/09 x und 40/09 y

Der Rat nimmt die Übertragung von weiteren Ermächtigungen aus dem Haushalt 2010 nach 2011 gem. § 22 Abs. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) zur Kenntnis.

5. Erste Satzung für vorgezogene Dichtheitsprüfungen an private Abwasseranlagen

Bezug: Rat 21.2.2011

Vorlage-Nr. 173/84 m

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte 1.Satzung für vorgezogene Dichtheitsprüfungen an privaten Abwasseranlagen

- einstimmig -

6. „Service-Center“

Bezug: HA 30.5.11

Vorlage-Nr. 164/87 am und 164/87 an

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) beantragt, die Entscheidung, ob man abreiße und neu baue oder saniere, zu vertagen auf die nächste Ratssitzung. Zur Begründung führt er an, dass die vorgelagerten Informationen und Zahlen hinsichtlich der Kosten nicht umfassend und überprüfbar seien und daher nicht als Entscheidungsgrundlage dienen könnten.

Darüber hinaus sei seine Fraktion der Auffassung, dass bei einem Projekt dieser Größenordnung und finanziellen Tragweite gemäß § 4 Abs. 1 und Abs. 2 der Hauptsatzung eine Einwohnerversammlung durchführen müsse, in der man den Brühlerinnen und Brühlern nachvollziehbar die Notwendigkeit und finanzielle Machbarkeit des Projektes erläutern sollte. Dazu seien zumindest nachvollziehbare Zahlen für Neubau, Sanierung und Status quo vorzulegen sowie eine verwaltungsseitige Planung, die die Notwendigkeit für den nachgewiesenen Raumbedarf nachweise. Wenn diese Voraussetzungen gegeben seien, könne auch seine Fraktion dem Projekt zustimmen.

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) beantragt, in Sachen Service-Center einen Ratsbürgerentscheid gem. § 26 Abs. 1 der Gemeindeordnung durchzuführen. Bei der derzeit hohen Verschuldung der Stadt Brühl sollten die Bürgerinnen und Bürger, um deren Geld es letztendlich gehe, mitentscheiden.

Fraktionsvorsitzender Dr. Heermann (fw/bVb) kündigt Enthaltung an, da seine Fraktion bekanntermaßen gegen die Mehrausgabe sei.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) erklärt, dass er den Vertagungsantrag nicht nachvollziehen könne. Bereits in der Haushaltsrede habe er deutlich gemacht, dass es keinen Zweifel daran gebe, dass im Rathaus B Handlungsbedarf bestehe. Bekannt sei auch, dass eine Sanierung des Gebäudes das jetzige Problem der Barrierefreiheit nicht löse. Dies sei der Grund, warum man sich für einen Neubau ausspreche und diese Situation sei auch in 4 Wochen keine andere.

Im Übrigen könne § 4 der Hauptsatzung hinsichtlich der Einberufung einer Einwohnerversammlung nicht herangezogen werden, da es nicht um ein Vorhaben gehe, welches „die strukturelle Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflusse“. Es gehe um einen normalen Vorgang, bei dem der Rat in der Verantwortung stehe.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) kann den Vertagungsantrag ebenfalls nicht nachvollziehen, da man nicht erkennen könne, was über die bisher vorliegenden Informationen und Zahlen hinaus noch Neues vorgelegt werden sollte. Der vorliegende Beschlussentwurf enthalte bereits etliche Arbeitsaufträge an den Bürgermeister, die zwar bis zur nächsten Ratssitzung noch nicht abgearbeitet werden könnten, auf der anderen Seite aber auch keine Festlegungen in irgendeiner Form, auch nicht hinsichtlich der tatsächlichen Kostenauswirkung, enthielten. Im Sinne des Beschlussentwurfes solle daher Schritt für Schritt weitergearbeitet werden, zumal insbesondere die Befassung des Hauptausschusses, die in Buchstabe „g“ festgelegt sei, verhindere, dass der Bürgermeister bzw. die Verwaltung ohne Beteiligung des Hauptausschusses etwas in die Wege leiteten.

Zu dem Antrag der LINKEN, einen Ratsbürgerentscheid durchzuführen, sei er der Ansicht, dass man diese Möglichkeit nicht missbrauchen sollte, weil man sich selbst schämt, einer Sache zuzustimmen, die man einsehe, sich aber nicht traue, sie abzulehnen. Diesen Antrag lehne seine Fraktion daher ebenfalls ab, zumal die Durchführung eines solchen Ratsbürgerentscheides mit hohen Kosten verbunden sei.

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) wirft ein, dass man mehr Demokratie wagen müsse und den Bürgerinnen und Bürgern mehr zutrauen sollte. Nicht nachvollziehbar für ihn sei im

Übrigen, dass die Barrierefreiheit p lötzlich oberste Priorität habe. Hier gebe es sicherlich andere Möglichkeiten, um das Gebäude entsprechend umzurüsten. Auch diesbezüglich habe man zu wenig Informationen.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) weist darauf hin, dass der Ratsbürgerentscheid zwar in der Gemeindeordnung vorgesehen, dort allerdings die absolute Ausnahme darstelle. Die Finanzierungsvorschläge seien vorhanden und jeder habe sich seine Meinung gebildet. Von daher solle der Rat nun seiner Verantwortung gerecht werden und eine Entscheidung treffen. Selbstverständlich müsse man das Projekt dann auch in der Öffentlichkeit vorstellen und die Argumente so darlegen, dass sie die Bürgerinnen und Bürger überzeugen. Im Übrigen könnten alle Fraktionen dazu ihre Meinung sagen. Abschließend bittet er den zuständigen Dezernenten, Herrn Brandt, darzu stellen, dass ein Ratsbürgerentscheid nach § 26 GO schriftlich eingereicht werden müsse.

Erster Beigeordneter Brandt bestätigt, dass zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheides gewisse Formalien einzuhalten seien. So müsse der Antrag zur Durchführung eines Ratsbürgerentscheides schriftlich eingereicht werden und die zur Entscheidung zu bringende Frage, eine Begründung sowie eine nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten. Insofern entspreche die Form des heute nur mündlich gestellten Antrages auf Durchführung eines Ratsbürgerentscheides nicht den formalen Anforderungen des § 26 GO NW.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) nimmt Bezug auf die Haushaltsrede von Herrn Riedel und verwahrt sich ausdrücklich davor, dass der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Willy Brandt missbrauche, um dem Rat indirekt undemokratisches Verhalten vorzuwerfen.

Ratsherr Jung (SPD) wirft ein, dass dies eine absolute Frechheit sei.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) setzt seine Ausführungen fort mit dem Hinweis darauf, dass auch Herr Riedel in den Rat gewählt worden sei, um Verantwortung zu übernehmen. Verantwortung zeige sich auch dadurch, dass man zu einer Sache Stellung beziehe. Im Übrigen wisse jeder, der mit offenen Augen durch das Rathaus B gehe, wo die Probleme lägen. Es gehe darum, die dortigen Probleme zu belassen oder zu ändern. Wenn man sie jedoch ändern wolle, komme man an einem Neubau nicht vorbei. Dies habe der Stadtkämmerer anschaulich dargelegt. Auch wehre er sich gegen die Darstellung, dass man „aus Lust und Laune“ Schulden mache. Verschwiegen werde, dass man Werte schaffe, die sich in der Bilanz widerspiegeln. Es gehe allerdings nicht nur um die Schaffung materieller Werte sondern auch um immaterielle Werte für die Bürgerinnen und Bürger, da diesen die Regelungen ihrer Angelegenheiten im Rathaus wesentlich erleichtert würden. All dies sei bereits mehrfach dargestellt worden. Es sei eine Unverschämtheit, den Befürwortern des Neubaus eine maßlose Schuldenpolitik vorzuwerfen und diese Dinge zu verschweigen.

Ratsherr Weesbach (SPD) verweist auf Punkt 5 des Beschlussentwurfes. Dort sei ausdrücklich eine Bürgerbeteiligung erwähnt. Insofern könne er die Kritik, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht ausreichend eingebunden würden, nicht nachvollziehen.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) gibt zu, dass er mit der Formulierung „frühzeitige Bürgerbeteiligung“ einen Rechtsbegriff im Rahmen der Bauleitplanung gewählt habe, der zu Missverständnissen führen könnte. Allerdings habe er im Rahmen seiner Haushaltsrede bereits darauf hingewiesen, dass es selbstverständlich sein müsse, die Bürger frühzeitig zu informieren sobald sie in Architekturbüro gefunden worden sei. Dies sei bereits in der Vergangenheit bei anderen größeren Projekten so gehandhabt worden.

Ratsherr Gerharz (CDU) berichtet, dass er mit verschiedenen Mitarbeitern in Rathaus B gesprochen habe, deren Meinung in dieser Sache sicherlich nicht un erheblich sei. Diese begrüßten ausdrücklich den geplanten Neubau, da die räumlichen Missstände, die dort bereits über Jahre beständen, endlich verbessert werden müssten.

1. Der Rat lehnt den Vertagungsantrag der Grünen ab.

Abstimmungsergebnis: 36 : 9 bei 3 Enthaltungen

2. Bürgermeister Kreuzberg stellt fest, dass der Antrag der LINKEN auf Durchführung eines Ratsbürgerentscheides aus formalen Gründen unzulässig sei und daher nicht abgestimmt werden müsse.

3. Der Rat beschließt,

- a) den Anbauteil am denkmalgeschützten Rathaus B aus dem Jahre 19 64 abzureißen und durch einen modernen – nach neuestem energetischen Standard und barrierefrei errichteten – Neubau zu ersetzen und dabei die Planungen für den Janshof zu berücksichtigen,
- b) in diesem Neubau bürgernahe Dienstleistungen zu bündeln und neben der heutigen Bürgerberatung die Stadtbücherei, das Kundencenter der Stadtwerke und der Gebäuße sowie das brühl-info zu integrieren,
- c) einen multifunktionalen Sitzungsraum einzuplanen,
- d) den Bürgermeister zu beauftragen, einen Raumbedarfsplan für die Verwaltung sowie ein Raumkonzept für den Neubau vorzulegen,
- e) den Bürgermeister zu beauftragen, eine frühzeitige Bürgerbeteiligung entsprechend dem Planungsfortschritt durchzuführen,
- f) den Bürgermeister zu beauftragen, für die Namensfindung des unter dem Arbeitstitel „Service-Center“ geführten Baus einen Wettbewerb in der Brühler Bürgerschaft durchzuführen und
- g) den Hauptausschuss vorrangig mit dem Bauvorhaben zu befassen.

Abstimmungsergebnis: 36 : 12

7. Kindertagesbetreuung in Einrichtungen

hier: Neubau der städtischen Kindertageseinrichtung „Haus für Kinder Vochem“

Bezug: JHA 5.5.11

Vorlage-Nr. 48/88 cy und 48/88 cz

Der Rat beschließt den Neubau der städtischen Kindertageseinrichtung „Haus für Kinder Vochem“ als fünfgruppige Einrichtung auf dem in der Sitzung des JHA am 5.5.2011 vorgeschlagenen Standort (s. Anlage).

- einstimmig -

8. Annahme einer Schenkung

hier: **Sammlung Will Küpper der Stadt Brühl**

Bezug: **KPTA 26.5.11**

Vorlage-Nr. **167/74 k**

Der **Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Partnerschaften und Tourismus, Ratsherr Hosmann** (CDU), weist darauf hin, dass der Ausschuss für Kultur, Partnerschaften und Tourismus der Vorlage zugestimmt habe. In diesem Zusammenhang werde angeregt, im Rahmen des Neubauprojektes Rathaus B einen Raum für die Ausstellung der Kunstwerke der Stadt Brühl zu schaffen. Dies könne möglicherweise auch der vorgesehene Multifunktionssaal sein.

Der Rat nimmt die Schenkung der Küpper-Kunstwerke von den Eheleuten Udo Kaurischil und Gundula Kaurischil-Appunn an.

- einstimmig -

9. Umbesetzung in Ausschüssen

9.1 Jugendhilfeausschuss

Schreiben des Stadtjugendringes Brühl e.V. vom 27.4.2011

Vorlage-Nr. 105/94 dq

Der Rat beschließt folgende Umbesetzung:

Der Rat wählt anstelle von Christoph Mucha **Herrn Steffen Vollmann**, Hauptstr. 9, Brühl, zum beratenden Mitglied in den Jugendhilfeausschuss des Rates der Stadt Brühl.

- einstimmig –

10. Anfragen

10.1 Rahmenplanung Innenstadtentwicklung

Ratsherr Weesbach (SPD) nimmt Bezug auf die vierte Bürgerinformation in dieser Sache, die im Mai veröffentlicht worden sei. Er fragt, wie der weitere Zeitmaßnahmenplan aussehe und wann die nächste Arbeitsgruppensitzung stattfinden.

Beigeordneter Schiffer teilt mit, dass sich die Lenkungsgruppe „Innenstadt Rahmenplanung“ noch vor der Sommerpause treffe.

10.2 Strombezug für Hartz-IV-Empfänger

Ratsfrau Niclasen (Grüne) nimmt Bezug auf die Beratung über Sozialtarife. In diesem Zusammenhang habe Ratsherr Weber auf einen Beschluss des Ausschusses für Lokale Agenda und Umwelt hin gewiesen. Danach solle ein Konzept erarbeitet werden, um diesem Personenkreis Energiesparmaßnahmen näher zu bringen. Sie fragt, wann diesbezügliche Überlegungen und Vorschläge des Bürgermeisters vorgestellt würden.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Vorlage sowohl im Ausschuss für soziale Fragen als auch im Ausschuss für Lokale Agenda und Umwelt zu. Man versuche die Angelegenheit noch vor der Sommerpause in die Beratungen zu geben.

10.3 Kriminalisierung Brühl-Vochem (s. hierzu auch Anlage zur Niederschrift)

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) fragt, ob es der Verwaltung möglich sei, in geeigneter Weise auf die Vertreter der Medien einzuwirken, dass die Situation in Brühl-Vochem nicht in diesem erheblichen Maße weiter kriminalisiert werde. Glaube man manchen Darstellungen oder auch manchen Berichterstattungen, so müsse man annehmen, Vochem sei ein Ort des Grauens. Richtig sei, dass es in Vochem gewisse Problemfelder gebe, die man mit dem Projekt „Soziale Stadt Brühl-Vochem“ abarbeiten wolle. Er erinnere sich an einer Veranstaltung unter Beteiligung der Polizei, in der dargestellt worden sei, dass Brühl-Vochem keine höhere Kriminalitätsrate habe als andere Brühler Stadtteile. Insofern dienten manche Darstellungen in der Presse von Vochemer Bürgern oder auch von Ratsmitgliedern nicht unbedingt dem Ziel, welches das Projekt habe.

Bürgermeister Kreuzberg bezweifelt, dass er diese Einflussmöglichkeit habe. Im Übrigen müsse man natürlich zur Kenntnis nehmen, dass es in Vochem einen gewissen Anlass zur Sorge gebe. Natürlich gebe es auch in anderen Ortsteilen Probleme, so dass ein Vergleich immer relativ sei.